



WER ALS LIEBENDER MENSCH und Christ leben und wirken will in den großen Dimensionen unserer wissenschaftlich-technologischen Welt, der wird keine reinen Hände bewahren können. Denn er wird, indem er sein unerläßliches Instrumentarium in die Hände nimmt, damit zugleich auch die dunklen und untergründigen «Mächte und Gewalten» in seiner Hand haben. Und nicht nur in seiner Hand.

Auch sein Herz wird nicht ganz davon freibleiben. Und so werden die Hände seiner Praxis befleckt sein von den Mächten der Welt in ihm und in unserer Wissenschaft, in unserer Rationalität und Technologie. Sie werden auch befleckt sein durch die unvermeidlichen Kompromisse mit denen, die anders denken, und denen vielleicht das Christentum, das Evangelium, die Bergpredigt nichts bedeuten, die es aber gleich uns mit den «Mächten und Gewalten» zu tun haben.

Dieser unvermeidliche dialektische Konflikt darf die Christen freilich nicht gleichgültig lassen. Es ist um seinerwillen eine kritische Besinnung unaufgebar, nicht zur Lähmung der positiven Impulse der Liebe, wohl aber zu ihrer immer wieder neu nötigen Reinigung.

Denn es ist immerhin die Unterscheidung möglich und verbindlich, daß die Liebe lebendig sei und lebendig bleibe inmitten des Gebrauchs jenes Instrumentariums, das aus seiner eigenen inneren Dynamik der christlichen Liebe entgegen ist, und also inmitten des Umtriebs der Mächte dieser Welt. Es ist immerhin möglich und notwendig, daß die christliche Liebe und die von ihr zu entwickelnden Gesichtspunkte zuletzt obenauf bleiben und den Gang der Welt, wenn schon nicht ganz verändern, so doch soweit modifizieren, als es jeweils geht. Es ist immer noch der Unterschied, ob Christen, die «Mächte und Gewalten» brauchend, sich an sie einfach verlieren, oder ob sie, diese gebrauchend, zugleich mit ihnen ringen und darin immer wieder die Kraft und die Geduld der Liebe zur Geltung bringen. Im Grunde und in der Spitze muß die Dialektik der Liebe doch positiv bleiben.

Aber freilich, es wird nicht ohne unreine Hände abgehen.

Zuletzt wird kein Grund sein des Rühmens vor Gott, und es wird kein reines Gewissen sein. Wer als Christ lebt und sich orientiert und handelt in dieser Welt, und wer dabei den Leitstern der Liebe hat, der wird doch immer vor Gott mit Furcht und Zittern seinen Weg gehen, als Sünder und als Liebender zugleich. Er wird ihn trotzdem gehen, dessen im Glauben sicher, daß es besser ist, mit zitternden und unreinen Händen der Liebe wirklich zu dienen, als aus Sorge um die eigene Reinheit dies nicht zu tun.

Bernhard Welte

Aus: Dialektik der Liebe. Gedanken zur Phänomenologie der Liebe und zur christlichen Nächstenliebe im technologischen Zeitalter. Soeben erschienen im Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M. 1973. 127 Seiten, brosch.

Spiritualität

«Und es wird kein reines Gewissen sein»: Die Liebe muß sich mit den Mächten einlassen, die ihr entgegenstehen – Ihre Dialektik – Sie kommt nicht aus ohne Wissen und Wirken – Im Konflikt mit ihrem Instrumentarium erweist sie ihre positive Kraft. *Bernhard Welte, Freiburg/Br.*

Arbeiterbewegung

Cesar Chávez' Traubenstreik in Kalifornien: Chávez organisiert die wandernden Landarbeiter – Erste Erfolge mit einer Boykottaktion unter den Konsumenten – Gegenschlag der mächtigen Produzenten und Händler – Neuer Streik und Boykottaufruf – Priester und Nonnen stehen Posten – Massenverhaftungen – Dorothy Day unter den Häftlingen. *Karl Weber*

Kirchenreform

Die Erneuerung der koptischen Kirche in Ägypten: Reform, wo man sie zuletzt erwartete – Dekadenz und Untergang schienen unausweichlich – Laienbewegung sammelt sich um einen Eremiten – Reformmönch wird Patriarch – Aufschwung der Glaubensbildung – Neubesinnung der Kopten auf ihre alte ägyptische Kultur – Patriarch Schenudah im Widerstand zur Alleinherrschaft des Islam. *Robert Hotz*

Geschichtsphilosophie

Was Geistes Kind ist der Club of Rome? (1): Der «Bericht» über die «Grenzen des Wachstums» ist nicht so ideologiefrei, wie er sich gibt – Eine Terminologie für jedermann – Aber das Wort Revolution kommt nicht vor – Was heißt dann «Umwälzung» und «radikale Reformen»? – Kommt sie ohne Diktatur zustande? – Keine eindeutige Auskunft – Aber eine neue präzise Erfahrung wird in die philosophische Reflexion der «Grenze» eingebracht.

Heinz Robert Schlette, Bonn

Synode 72

Gesamtschweizerische Beschlüsse von politischer Relevanz: Koinzidenz mit aktuellen politischen Initiativen – Schweizerische Ausgangslage in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs – Eindeutige Stellungnahme gegen die Fristenlösung – Neue Alternative – Statt sozialer Indikation umfassende Sozialgesetzgebung – «Recht auf Leben» als Sozialrecht – Strafrechtliche Regelung auf dem zweiten Platz – Zweiter Beschluß: Für den Familiennachzug der Gastarbeiter – Dazu politische Initiative der KAB – Dritter Beschluß: Mischehe. *Ludwig Kaufmann*

Dokument

Die Bischöfe des Nordostens zum brasilianischen Wirtschaftswunder: Von der Regierung verbotenes Dokument gegen zentralistische Wirtschaftspolitik – Wie lange muß der Kuchen noch wachsen, um nachher verteilt zu werden?

Wo süße Trauben bitter werden

«Viva la causa!» La causa ist die gute Sache, für die *Cesar Chávez* zugunsten der Landarbeiter in Kalifornien kämpft. Die gute Sache schien diesen Sommer wiederum eine verlorene Sache zu sein, hätte nicht eine neue Streik- und Boykottaktion eingesetzt. Auch Priester, Nonnen und Seminaristen standen Streikposten, weil sie glaubten, wie auch die 75jährige Pazifistin und Sozialreformerin *Dorothy Day*, daß die Sache wichtig genug sei, um eine Kerkerstrafe auf sich zu nehmen.

Cesar Chávez' erster Sieg

Cesar Chávez stammt aus einer armen Landarbeitertamilie in Arizona. Seine Vorfahren waren Mexikaner. Schon sehr früh versuchte er das Los der Landarbeiter zu verbessern. Bekannt wurde er allerdings erst 1965, als er einen Streik gegen die Traubenproduzenten in Kalifornien organisierte. Die Landarbeiter fallen nämlich nicht unter das Arbeitsrecht des Bundes, auch blieben sie weitgehend unorganisiert. Wo bittere Not herrscht, sind auch immer genügend *Scabs* (Streikbrecher) da, die eine Organisation der Ärmsten erschweren. Dabei sind die Lebensbedingungen dieser Landarbeiter äußerst dürftig. Eine durchschnittliche Familie von vier Personen verdient jährlich laut Angaben des Arbeitsamtes 2700 Dollars. Die Unfallrate bei diesen Arbeitern ist dreimal so hoch wie die des ganzen Landes. Die Lebenserwartung liegt bei 49 gegen 70 im übrigen Amerika. Die Arbeitsstunden sind lang, die Arbeit ist heiß, hart und voller Staub. Die Arbeitsfelder sind mit Schädlingsbekämpfungsmitteln vergiftet, die Wohnungen zum größten Teil armselig, was natürlich damit zusammenhängt, daß diese Leute Saisonarbeiter sind, die mit der ganzen Familie von einer Ernte zur andern ziehen. Von den drei Millionen angeheuerten Landarbeitern sind die meisten wie Chávez mexikanischen Ursprungs, *Chicanos* genannt.

Chávez gelang es, aus seinem Arbeitskonflikt eine Art religiöse Bewegung zu machen. Zuerst wurde er lokal von Arbeitern im San-Joaquin-Traubengebiet unterstützt. Dann aber wurde er national bekannt, als er zum Konsumentenboykott aufrief. Dieser war wirksam. Zwar versuchte *Guimarra Vineyards Corporation* bei Delano (California) ihre Tafeltrauben unter Marken anderer Produzenten auf den Markt zu bringen, was Chávez veranlaßte, den Boykott auf alle Produzenten in Kalifornien auszudehnen. Er selber trat in Hungerstreik, um so die Bedeutung der «causa» zu unterstreichen. Er fand dabei Unterstützung von der Dachorganisation amerikanischer Gewerkschaften AFL-CIO, vor allem aber seitens der Hausfrauen, die auf Trauben verzichteten, so daß der Verkauf von Tafeltrauben überall merklich sank. Im Juli 1970 kapitulierten die kalifornischen Produzenten. Die Löhne wurden erhöht.

Chávez betrachtete diesen Sieg erst als das Ende eines Anfangs. Ihm ging es darum, seine Gewerkschaft *United Farm Workers Union* zu festigen und entsprechende Arbeitsverträge abzuschließen. Ende Juli 1970 hatten schließlich 63 Produzenten mit dieser Gewerkschaft einen Vertrag abgeschlossen, was 85% der kalifornischen Traubenproduktion ausmacht. Chávez' nächster Angriff galt den Salatproduzenten im Salinas Valley. Er organisierte die Arbeiter in andern Feldern. Aber die Traubenproduzenten waren immer noch erbittert.

Die Mächtigen treten auf den Plan

Dieses Jahr nun erneuerten nur wenige von ihnen den Vertrag mit Chávez' Gewerkschaft UFW, während die übrigen Produzenten sich mit einer rivalisierenden Gewerkschaft, *International Brotherhood of Teamsters*, arrangierten. Die Teamsters sind an und für sich eine Gewerkschaft der Lastwagenführer, welche die Ernte auf den Markt fahren. Sie möchten sich nun neustens auf die Felder ausdehnen, indem sie die relativ

schwache, aber für die betroffenen Arbeiter hoffnungsvolle Chávez-Gewerkschaft verdrängen wollen. Die *United Farm Workers*-Gewerkschaft sank so plötzlich von 40000 auf 6500 Mitglieder. Chávez rief im April dieses Jahres zum Streik auf. Aber der Streikfonds ist sehr dürftig. Zwar hat der Präsident der AFL-CIO, *George Meany*, 1,6 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt und die Sache gegen den Teamster-Boß *Frank Fitzsimmons* moralisch unterstützt, denn es kann ja dem Ansehen der Arbeiterbewegung nicht dienen, wenn die größte, reichste und mächtigste Gewerkschaft des Landes an einer der kleinsten, neuesten und schwächsten herumhackt.

Chávez versuchte auch diesen Sommer, den Konflikt vor die Konsumenten zu bringen. Aber jetzt scheint die Öffentlichkeit etwas lethargischer zu sein. Die Leute haben die Aufrufe für gerechte Sachen satt. Sie sind interessiert, ihre Lebensmittel möglichst günstig einzukaufen, denn die Preise steigen in Amerika. Warum sollten sie ausgerechnet die *Safeway*- und die *A. P.*-Läden meiden, wo man sonst billig einkauft, nur weil man dort Trauben und Salatköpfe verkauft, die von Streikbrechern geerntet wurden? Vor Jahren war dies anders, da hat ein Robert Kennedy mitgeholfen, den Boykott zur Gewissenssache zu machen.

Priester und Nonnen auf Streikposten

Angesichts der gleichgültigen Stimmung bei den Konsumenten, die doch eine Macht wären, haben Priester, Nonnen und Seminaristen «La causa» zu ihrer Sache gemacht. Sie stellten sich als Boykott- und Streikposten vor die *Safeway*-Läden und gesellten sich zu den Streikenden in Kalifornien. Zusammen mit den andern Streikenden mißachteten sie eine richterliche Verfügung, nach der die Streikposten nur in dreißig Meter Abstand gestattet wurden. Dies wurde von den Streikenden als eine politische Entscheidung seitens der Polizei gewertet, um so den Streik als solchen wirkungslos zu machen. Es kam zu Massenverhaftungen.

Es war der 31. Juli, das Fest des hl. Ignatius. Viele der Priester und Ordensleute, die an einer Studentagung für ignatianische Spiritualität in San Francisco teilnahmen, wollten einen Tag der Solidarität mit den betroffenen Landarbeitern begehen. Als sie San Francisco verließen, wußten sie noch nicht, daß dieser Tag der Solidarität für manche zwei Wochen Gemeinschaft im Gefängnis bedeuten sollte. Beim festtäglichen Essen in Seattle University ehrte der Jesuitenprovinzial der Oregon-Provinz die jungen Mitbrüder, die gerade drunten in Kalifornien verhaftet worden waren. Noch waren einige junge Priester und Scholastiker bei Tisch, die anderntags in Seattle die *Safeway*-Läden umstellten, um die Käufer zum Boykott aufzurufen. Etwa sechzig Priester, Nonnen und Seminaristen nahmen daran teil. Anschließend versammelten sie sich zu einer Feier der Eucharistie, wo sie sich ihrer Verbundenheit mit den Armen neu besannen: «Wir in der Kirche müssen uns erinnern, woher wir kamen. Die Kirche in diesem Land ist reich geworden, sie ist ein Kapitel in einer Geschichte von Erfolg. Aber wir sind gar nicht so weit entfernt von jenen, die das Land bearbeiten. Wir vergessen, daß wir vom Land kommen ...»

Fünf dieser Leute von Seattle flogen darauf nach Fresno in Kalifornien, um bei den Streikenden zu sein. Auch sie wurden verhaftet. Das Gefängnis war so überfüllt, daß man provisorische Gefangenenlager einrichten mußte. Priester und Ordensleute begannen sofort ein Fasten. Sie erklärten:

«Dieses Fasten wurde von Priestern und Ordensfrauen begonnen, um die Solidarität mit den Landarbeitern zu bekunden, die in ihrem Suchen nach Freiheit Blut, Schweiß und Nahrung geopfert haben. Wir fasten, um unsere Unterstützung der Landarbeiter zu betonen, die ihre verfassungsmäßigen Grundrechte und das Recht der Versammlungsfreiheit an der Streikfront zur Geltung bringen wollen. Wir fasten, weil wir glauben, daß es Böses gibt, das man, wie Jesus sagt, nur mit Gebet und Fasten austreiben kann.»

Dorothy Day macht «La causa» zu ihrer Sache

Dorothy Day flog eigens von New York nach Kalifornien. Sie wurde verhaftet. Sie kannte das Kerkerleben, wird doch von ihr gesagt, daß sie als Pazifistin in den fünfziger Jahren ungefähr jährlich einmal den Weg ins Gefängnis antrat. Diese 75jährige Frau hat ihre Glaubwürdigkeit verdient, ihr Zeugnis wird nicht ohne Widerhall bleiben. Sie erklärte, daß sie glücklich sei, an der «größten Sache, die je in der Arbeiterbewegung geschehen ist», teilzunehmen. Entgegen der Meinung vieler Kritiker meint sie, daß die Kirche in diesem Kampf für die Landarbeiter sich noch mehr engagieren sollte:

«Es ist gut, Priester, Nonnen, Seminaristen und Novizen unter den Streikposten zu sehen. Sie gewinnen hier eine eigene Erfahrung von den Arbeitsbedingungen in den Feldern und vom langen Weg, den die Landarbeiter noch zu gehen haben, bis sie sich an den Früchten wie die übrigen Glieder der Gesellschaft erfreuen können. Ich hoffe, daß sie nun zurückgehen in die Pfarrhäuser, Ordenshäuser und Kollegien und dort die Geschichte erzählen. Ich hoffe, daß sie ihre Obern ermutigen können, sich vom unnötigen Reichtum an Land, Gebäuden, Wertpapieren usw. zu entledigen, und daß diese Werte den Armen zur Verfügung gestellt werden. Ich hoffe, daß einige Bischöfe in dieses Tal kommen ... und sich auf die Seite der Armen und Unterdrückten stellen.»

Einige Bischöfe kamen auf Besuch: Der Weihbischof Juan Arzube von Los Angeles, der Bischof von El Paso, Sidney Metzger, und Bischof Walter Schoenherr, der mit einer Sonderdelegation der *Michigan Catholic Conference* die lange Reise von Detroit machte. Aber auch Leute wie die Sängerin *Joan Baez* und *Daniel Ellsberg* brachten moralische Unterstützung.

Man kann sich fragen, ob solches Zeugnisgeben wirksam ist. Dies ist schwer zu messen. Es könnte besonders entmutigend sein, wenn man erfährt, daß die Konsumenten sich kaum von ihrer gewohnheitsmäßigen Treue zu *Safeway* abhalten ließen. Andererseits wird man sich gerade hier bewußt, daß angesichts der Gleichgültigkeit breiter Massen der Sensibilisierungsprozeß erst begonnen hat. Die Kirchenleute müssen sich da erst selber so richtig ändern, soll der Veränderungsprozeß wirklich einsetzen. Der Christ hat ja nicht einfach Patentlösungen anzubieten, aber er kann dabei sein, wenn es um soziale Werte geht, die innigst mit der Botschaft Christi verbunden sind. Diese Bischöfe, Priester und Ordensleute haben mit viel Risiko versucht, dabei zusein und die Gewissen – vielleicht auch unsere – aufzuwecken.

Karl Weber

DIE ERNEUERUNG DER KOPTISCHEN KIRCHE IN AEGYPTEN

Wie die Wiedergeburt des Phönix aus der Asche, so mutet die Erneuerung der koptischen Kirche Ägyptens¹ an, um so mehr, als diese Wiederbelebung gerade in einer Epoche erfolgte, wo Ägyptens altherwürdige Kirche in einen neuerlichen Kampf um ihre Existenz verwickelt wurde. Diese Erneuerung hat viele erstaunliche Merkmale. Sie setzte in einem Augenblick ein, als Hierarchie und ungebildete Priester, die Mönche schon gar nicht zu nennen, beim Volk weitgehend ihr Ansehen verspielt hatten, das sakramentelle Leben einen Tiefpunkt erreichte und eine feindselige islamische Umwelt geradezu zum Abfall anreizte. In diesem Moment, wo von den offiziellen Vertretern der Kirche nichts mehr zu erwarten war, entwickelte sich aus der Laienschaft heraus eine Reformbewegung, die nicht aus der Kirche heraus, sondern in ihr Zentrum, ins Mönch- und Priestertum, zurückführte. Kaum vierzig Jahre genügten, um eine Kirche, die der Dekadenz und einem raschen Untergang geweiht schien, von innen heraus total umzugestalten und zu reformieren. Die besten Traditionen des alten Mönchtums wurden wiederbelebt, der Bildungsstand der Geistlichen entscheidend angehoben, so sehr, daß heute ein Drittel der Priester über ein Lizentiat verfügt. Und wo einst die kleine mit Rom unierte koptische Kirche dank ihres größeren Ansehens aus dem morschen Gefüge der koptisch-orthodoxen Kirche Gläubige rekrutieren konnte, schauen jetzt die katholischen Kopten neiderfüllt und unsicher geworden auf ihre von Patriarch *Schenudah III.* kompromißlos und zielbewußt geführten Brüder.

Blüte und Niedergang

Die Legende besagt, daß die Kirche von Alexandrien vom Evangelisten Markus selbst begründet worden sei, deren erster Märtyrer er auch wurde. So gilt Markus als der erste Patriarch von Alexandrien, deren ungebrochene Reihe bis zu Schenudah III. führt, dem 117. Patriarchen seit dem Beginn der koptischen

Kirche. Geschichtlich spielte Ägypten in der Frühzeit des Christentums eine wesentliche Rolle. Dieses traf hier auf einen geistig und religiös wohl vorbereiteten Boden und breitete sich sehr rasch aus. Von Ägypten erhielt das übrige Christentum auch entscheidende Impulse über das Mönchtum und die großen Kirchenlehrer Klemens, Origenes, Athanasius und Kyrill. – Allerdings hat auch die Häresie des Arius in Alexandrien ihren Ursprung genommen. Doch ebenfalls von Alexandrien aus wurde ihr durch Athanasius der Kampf angesagt.

Seit dem 4. Jahrhundert war ganz Ägypten christlich und erlebte in dieser Zeit seine höchste christliche Blüte. Spannungen mit Byzanz und mit Rom führten leider schon im 5. Jahrhundert zur Trennung von der Gesamtkirche. Dogmatischer Vorwand dazu war die auf dem Konzil von Chalkedon (451) verkündete Lehre von den zwei Naturen in Christus (wahrer Gott und wahrer Mensch zugleich). Die Kopten – diese Bezeichnung leitet sich aus dem griechischen Wort für Ägypter ab – weigerten sich, die dogmatische Formulierung des Konzils anzunehmen, obwohl sie glaubensmäßig nichts anderes vertraten. Doch man wollte gegen den byzantinischen Kaiser Stellung nehmen, von dem man sich als Kolonie behandelt fühlte, und gleichzeitig den Ansprüchen Roms entgegentreten, was sich unter anderem darin äußerte, daß der koptische Patriarch sich auch Papst zu nennen begann.

Die sich aus den religiös-politischen Spannungen mit Byzanz ergebende Schwächung erleichterte die arabische Eroberung Ägyptens. Aber noch im 11. Jahrhundert waren die Christen in der großen Überzahl. In diese Zeit fällt auch die Verlegung des Patriarchalsitzes von Alexandrien nach Kairo, das an der Stelle einer älteren, Babylon genannten, Stadt entstanden war. Erst als die neuen Herren Ägyptens von anfänglich mäßiger Diskriminierung der Christen zu deren offener Verfolgung übergingen und die Mameluken nach 1250 richtige Blutbäder unter den Kopten veranstalteten, schmolz die einstige Mehrheit in nur einem Jahrhundert auf 10% der Bevölkerung zusammen. Die Christen wurden zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Das änderte sich nur im 19. Jahrhundert, als Ägypten unter dem Pascha Mehemet Ali zu neuer Selbständigkeit gelangte und die Kopten bei dieser Gelegenheit wieder politische Bedeutung gewannen. Es bildete sich gar eine koptische Bourgeoisie heraus.

¹ Neben persönlichen Recherchen in Kairo liegen dem Artikel das ausgezeichnete Dossier von Aimé Savard «Chrétiens en Égypte» in «Informations catholiques internationales», Nr. 431 vom 1. Mai 1973, S. 12–20, sowie das Buch von Dr. Murad Kamil «Coptic Egypt», Kairo 1968, und «Koptische Patriarchenwahl» in «Der christliche Osten», Nr. 1/1972, S. 15–22, als Quellen zugrunde.

Patriarch Kyrillos IV. – der «Reformator» – eröffnete in dieser Zeit ein Kolleg für die Wissenschaften und für Fremdsprachen. Aber der Klerus zeigte sich den neuen Anforderungen nicht gewachsen, und es entstand eine deutliche Spannung zwischen den gebildeteren koptischen Laien und dem Klerus. Das war die Lage der Dinge, als Laien 1910 zur Eigeninitiative übergingen und – nach dem Vorbild der protestantischen Missionare – Sonntagsschulen einrichteten. Erstaunlicher- und glücklicherweise wurde diese Initiative von der Hierarchie nicht behindert.

Rückkehr zur Inspiration der Wüstenväter

Der eigentliche Impuls für die Erneuerung der Kirche entwickelte sich jedoch erst, als die Laienbewegung mit der alten Tradition des ägyptischen Mönchtums eine neue Symbiose einging. Inspiriert von seinem Seelenführer, dem Mönch Abuna Abd-al-Masih-al-Habaschi, zog sich 1932 der damals dreißigjährige Abuna *Mina-al-Muttawahad*, der zuvor in europäischen Unternehmen gearbeitet hatte, wie die alten Wüstenväter in eine Grotte zurück. Von 1936–1942 lebte er in den Ruinen einer alten Mühle bei Kairo und fing an, Universitätsstudenten geistlich zu betreuen und um sich zu sammeln.

Das Resultat war verblüffend. 1946 traten mehrere der jungen Leute ins Kloster Deir Syriani im Wadi Natrum ein. Sie bildeten den Kern einer Mönchsreform, die in kürzester Zeit reiche Früchte trug. Es war höchste Zeit, denn zu Beginn der fünfziger Jahre geriet das Patriarchat in eine tiefe Krise. Das erwachte koptische Selbstbewußtsein äußerte sich in extremistischen Strömungen, die eine Trennung von Christen und Mohammedanern forderten und damit auch islamische Gegenkräfte auf den Plan riefen. Patriarch Jussab II. zeigte sich sowohl unfähig, diese Extremisten zu bändigen, als auch den berechtigten Forderungen nach Erneuerung seitens der koptischen Intellektuellen zu entsprechen. Im September 1955 wurde der Patriarch das Opfer eines Attentats. Gleichentags wurde er durch den Hl. Synod und durch den Ministerrat seines Amtes enthoben. Die Folge davon war, daß das ägyptische Regime unter Nasser mehrere Jahre die Wahl eines neuen Patriarchen verhinderte.

Erst 1959 konnte ein neuer Patriarch inthronisiert werden. Es war der Mönch *Mina-al-Muttawahad*, der als *Kyrollos VI.* Patriarch von Alexandrien wurde. Er zeigte sich der komplizierten Lage voll gewachsen. Zuerst legte er einen langjährigen Streit zwischen den Kopten Äthiopiens und Ägyptens bei, indem er die äthiopische Kirche aus der Abhängigkeit der Mutterkirche von Alexandrien entließ und der Wahl eines äthiopischen Patriarchen zustimmte. Dann wandte er sich der Reform des Mönchtums zu und zwang die herumwandernden und bettelnden Mönche, in ihr Heimatkloster zurückzukehren. Die Klöster sollten wieder geistliche Strahlungszentren werden – und tatsächlich ziehen heute eine Reihe Klöster wieder viele Gläubige an, die in der Stille geistliche Schulungskurse und Exerzitien zu machen wünschen.

Ein ehemaliger Apotheker, der 1946 auch in das Reformkloster Deir Syriani eingetreten war und den Namen *Matta el-Meskin* angenommen hatte, leistete ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur kirchlichen Erneuerung, indem er 1956 in der Industriestadt Helwan bei Kairo eine Laienkommunität gründete, deren Mitglieder, ohne Gelübde abzulegen, nach den evangelischen Räten (Zölibat, Gebet, Gütergemeinschaft) zusammenleben. Diese Gemeinschaft von Beit el-Takris zog eine ganze Reihe von Intellektuellen in ihren Bann, Professoren, Ärzte, Beamte, die sich bald einmal auch mit der Veröffentlichung von katechetischen Handbüchern und einer katechetischen Zeitschrift beschäftigten.

Sie setzten den Hebel an einem entscheidenden Punkt kirchlicher Reform an: bei der Glaubensbildung. Und sie standen keineswegs allein. Wer heute die Anschlagbretter der Kirchen

in Kairo studiert, der wird erstaunt sein, welch großen Platz dort die Katechese einnimmt: Versammlung der Katechetinnen und Katecheten, Bildungskurse für Erwachsene, Religionsunterricht für die Kinder, usw. Nicht minder erfreulich ist auch der Kirchenbesuch. Selbst bei den – immerhin rund zweistündigen – Werktagsgottesdiensten sieht man Gläubige aller Altersstufen und sozialen Schichten, die eifrig am Gebet teilnehmen und auch das sakramentale Leben pflegen. Beichte und Kommunion, die einst beinahe ausschließlich auf ein, zwei Hochfeste im Jahr beschränkt waren, werden wieder häufig praktiziert.

Bildung im Vordergrund

Die Verbindung der Reformbewegung mit dem Mönchtum hat durchaus nicht zu einer Abwertung der Bildungsbestrebungen der intellektuellen Kopten geführt, sondern diese Bestrebungen einerseits religiös vertieft, andererseits die Mönche gezwungen, sich bildungsmäßig zu erneuern. Und das bedeutete für das Mönchtum eine Revolution.

Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß diese ganze Erneuerung in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden muß, nämlich mit der Selbstbewußtwertung der Kopten als christlicher kultureller Gemeinschaft. Die Kopten begannen sich wieder auf ihre alte Kultur zu besinnen und sich als Träger einer solchen zu fühlen. Mit Recht weisen sie zum Beispiel darauf hin, daß die koptische Sprache das letzte Zeugnis der alten pharaonischen Kultur darstellt. Nachdem sich die Hieroglyphen und ihre vereinfachte Form, die demotische Schrift, für die Wiedergabe der Hl. Schrift kaum eigneten, begann man ein neues Schriftsystem zu suchen, wobei man anstelle der alten Silbenschrift die ägyptischen Texte mit Hilfe des griechischen Alphabets transkribierte und in der Kirche verwendete. So wurde die alte ägyptische Sprache, die im Alltag spätestens seit dem 17. Jahrhundert völlig vom Arabischen verdrängt worden war, durch die Kirche in unsere Zeit hinübergerettet. Koptische Nationalisten gehen heute so weit, die koptische Sprache, die selbst in der Kirche immer mehr durch das den Gläubigen allein noch verständliche Arabische ersetzt wird, wiederbeleben zu wollen, womit sie sich natürlich bewußt auch sprachlich gegenüber den Mohammedanern abzugrenzen suchen. Diesem Unterfangen dürfte allerdings kaum Erfolg beschieden sein, denn es geht an der politischen Realität vorbei. In einer wesentlich realistischeren Perspektive schufen koptische Laien 1954 in Kairo ein Institut für koptische Studien, das neben Kunst, Architektur und Musik auch den orientalischen Sprachen großen Raum gibt.

Die religiös-kulturelle Erneuerung der koptischen Gemeinschaft hat jedoch gleichzeitig die unvermeidliche Folge gehabt, daß damit der Unterschied zur mohammedanischen Bevölkerung und ihrer arabischen Kultur in stärkerem Maße spürbar wurde, und das rief wiederum bei den Moslems eine Reaktion hervor, über die noch zu sprechen sein wird.

Patriarch Schenudah III. und seine Bürde

Am 9. März 1971 starb Patriarch Kyrillos VI. Er hinterließ eine innerlich gefestigte, aufblühende Kirche. Sein Geschick, sich die neuen Bischöfe aus den Reformklöstern zu holen (in der koptischen Kirche können nur Mönche Bischöfe werden), hatte sich bezahlt gemacht. Am 31. Oktober des gleichen Jahres wurde nach vorhergegangener Wahl von drei Kandidaten durch Los der neue Patriarch erkoren. Mit Schenudah III. ist erneut ein Mönch aus Deir Syriani in die Hierarchie aufgerückt. Manche Intellektuelle brachten dem asketischen Mönch Schenudah allerdings nicht das gleiche Vertrauen wie dem verstorbenen Kyrillos VI. entgegen, den sie als weltöffener einschätzten. Auch ökumenische Kreise zeigten Mißtrauen, denn Schenudah hatte bis dahin nicht mit ökumenischen Gesten brilliert. Aber der neue Patriarch stellt seinen

Mann. Wenn er jeweils am Freitagabend (der Freitag ist in den mohammedanischen Ländern der wöchentliche Feiertag) in der frischerbauten Markus-Kathedrale seine geistlichen Vorträge hält, die durchschnittlich eineinhalb Stunden dauern, dann zieht er regelmäßig 4000–6000 Hörer in seinen Bann, und zwar ebensoviel Männer wie Frauen, vorwiegend jüngeren Alters. Mit kaum geringerem Erfolg hält der Patriarch auch einmal pro Woche seine Katechesen in Alexandrien. Allein schon diese Tatsache spricht für sich selbst.

Aber auch in der gespannten innenpolitischen Situation offenbart Schenudah ein großes Geschick. Der Tod Nassers im Jahre 1970 und die Machtübernahme durch Sadat hatte nämlich für die Kopten eine veränderte und durchaus nicht günstigere Lage geschaffen.

Die Muslimbrüder und der islamische Aufbruch

Gamal Abd el-Nasser hatte entschieden gegen das religiöse und politische Programm der Muslimbrüder Stellung bezogen, die einen islamischen Staat auf der Basis des Korans anstreben. Die Muslimbrüderschaften wurden von Abd el-Nasser verboten, die wichtigsten Führer umgebracht oder in die Gefängnisse gesteckt. Trotzdem gelang es ihm nicht, die Muslimbrüder auszurotten, die ihr Gedankengut in der Illegalität weiterverbreiteten.

Als Sadat die Nachfolge Nassers antrat, entließ er die gefangenen Führer der Muslimbrüder aus den Gefängnissen, ohne jedoch die Brüderschaften offiziell wieder zuzulassen. Immerhin ließ er ihrem Wirken wieder einen breiteren Spielraum. Es wird auch gesagt, Sadat habe vor der Revolution selber einer religiösen Ordensgemeinschaft (Tarika) der Muslimbrüder angehört. Wenn Sadat selber der Stärkung und Erneuerung des Islams eine positive religiöse wie politische Bedeutung beimißt, so spielen doch auch außenpolitische Überlegungen mit. Oberst Kadhafi, Libyens Staatschef, der Ägypten zur Föderation zu zwingen sucht, lebt weitgehend in den Vorstellungen einer islamischen Theokratie. Und er findet nicht zuletzt deshalb auch in Ägypten ein Echo. Präsident Sadat kann und darf sich nicht dem Verdacht aussetzen, er sei weniger Mohammedaner als Kadhafi, um so mehr, als die islamischen Ordensgemeinschaften in Ägypten selbst bei Arbeitern und jungen Akademikern immer größeren Zulauf haben. Aber gleichzeitig sucht der Präsident auch zu bremsen. Er erstrebt einen moderneren islamischen Staat, als Libyen mit seinen mittelalterlich anmutenden Zuständen derzeit darstellt.

Ein unbedeutender Putschversuch am 12. Oktober 1972, den die Muslimbrüder den Kopten in die Schuhe zu schieben suchten, brachte Gruppen von fanatisierten Muslims dazu, koptische Kirchen zu stürmen und zu brandschatzen. Die Vorfälle blieben zwar glücklicherweise beschränkt und eine parlamentarische Untersuchungskommission vermochte die Zwischenfälle zu bereinigen, aber die Kopten haben die Warnung durchaus verstanden. Denn die Agitationsschriften, welche den ägyptisch-arabischen Nationalismus angeheizt hatten, waren so geschickt abgefaßt gewesen, daß man dahinter hochgestellte und gutinformierte Kreise vermuten kann. Unter anderem wurde dem Patriarchen Schenudah vorgeworfen, er habe einen geheimen Plan ausgearbeitet, damit die Zahl der Kopten möglichst rasch diejenige der Mohammedaner erreiche.

Die diskriminierte Minderheit

Dieser Vorwurf mag reichlich lächerlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Kopten in Ägypten nach den staatlichen Angaben (die wahrscheinlich exakt sind) nur rund 2,5 Millionen beträgt. Die Kopten selbst beziffern ihre Zahl demgegenüber auf sechs Millionen und mehr, was eher einem Zweckoptimismus als den Realitäten entspricht. Diese Selbstüberschätzung der Kopten ist insofern verständlich, als sie sich meist in größeren Kommunitäten finden, die ihnen das Gefühl

zahlenmäßiger Bedeutung geben, besonders in den Städten Kairo und Alexandrien. Dabei gibt es aber gerade im Nildelta weite Landstriche, wo sich keine einzige koptische Gemeinde findet.

Wie immer auch die absoluten Zahlen aussehen mögen, jedenfalls sind und bleiben die Kopten eine kleine Minderheit in einer zu über 90% islamischen Umwelt. Und dies kommt ihnen spätestens dann voll zum Bewußtsein, wenn sie die Diskriminierung seitens der numerisch Stärkeren zu fühlen bekommen, sei es, daß man sie von hohen Staatsstellen ausschließt oder im wissenschaftlichen Bereich den islamischen Bewerbern den Vorzug gibt, sei es, daß man sie in ihrer religiösen Expansion hindert. Für den Bau einer koptischen Kirche stellt beispielsweise der Staat bestimmte Bedingungen. Eine davon ist, daß keine Moschee in unmittelbarer Nähe stehen dürfe. Wenn die Kopten nun um Baugenehmigung für eine Kirche nachsuchen, so wird die Erlaubnis so lange hinausgezögert, bis die Muslims auf einem benachbarten Grundstück mit der Errichtung einer Moschee begonnen haben. Dann natürlich kann das Ansuchen der Kopten mit Hinweis auf die Nähe der Moschee abschlägig beantwortet werden. Und dies ist nur ein Beispiel für die Politik der feinen Nadelstiche und der Anwendung einer Diskriminierung mit legalen Mitteln.

Im koptischen Patriarchat ist man sich natürlich der Schwäche der eigenen Position durchaus bewußt. Und es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß man deshalb – neben allem Streben nach der ersehnten Einheit der Christen – plötzlich den Ökumenismus auch als ein politisches «Stärkungsmittel» entdeckte.

Vom 7. bis 12. September 1971 hatten auf Einladung der von Kardinal König präsierten «Pro Oriente» in Wien theologische Gespräche zwischen Vertretern der vorchalkedonensischen Kirchen und der katholischen Kirche stattgefunden, bei denen der damalige Patriarchatsanwärter Schenudah die koptische Kirche repräsentierte. Dieser nichtoffiziellen Konsultation war ein großer Erfolg beschieden, denn man hatte sich theologisch weitgehend gefunden und festgestellt, daß die Unterschiede auf der Ebene der Formulierungen und nicht auf der Ebene des Glaubens liegen. Dies brach vor allem auch das Eis der Beziehungen zwischen katholischer und koptischer Kirche. Papst Paul VI. hatte es bereits 1968 nicht an freundlichen Akten fehlen lassen, indem er den Kopten eine Reliquie ihres Apostels Markus zurückgab. Zudem wurde auch der Boden der neuen Kathedrale, 3500 m² Carraramarmor, von der katholischen Kirche gestiftet. (Dies alles – verständlicherweise – nicht zur ausgesprochenen Freude der rund 90000 mit Rom unierten Kopten, die man dabei einfach ignorierte.) Patriarch Schenudah III. prägte den Satz: «Die Einheit ist keine Frage mehr, die Frage ist nur wie und wann», was ihn jedoch nicht hinderte, von den Katholiken, die einen koptischen Ehepartner heiraten wollen, die bedingungsweise Neutaufe zu verlangen. (Den Katholiken wird damit heimgezahlt, was sie früher selber getan haben ...)

Zwei Päpste unter sich

Am 4. Mai 1973 traf Patriarch Schenudah III. zu einem sechstägigen offiziellen Besuch bei Papst Paul VI. im Vatikan ein, wo er mit den größten Ehren empfangen wurde. Die beiden Kirchenführer kamen überein, eine gemischte Kommission zu bestellen, «zur Beilegung der letzten noch bestehenden Divergenzen zwischen den beiden Kirchen», wie es in der gemeinsamen Erklärung heißt.

Damit nicht genug, enthielt die Verlautbarung aber auch einen Hinweis auf die Tausende von Leidenden und Obdachlosen des palästinensischen Volkes, sowie den Wunsch nach einer gerechten Lösung des Nahostproblems. Dieser Passus konnte durchaus in einem antiisraelischen Sinne interpretiert werden und hat Patriarch Schenudah III. zweifellos in Ägypten den

Rücken gestärkt. Doch gerade darin zeigt sich ein Aspekt der neuen Verständigung zwischen dem Vatikan und der koptischen Kirche, welcher zumindest ein Fragezeichen verdient. Denn es kann kein Zweifel bestehen, daß nicht nur religiöse, sondern auch politische Gründe Schenudah III. veranlaßt haben, die ausgestreckte Hand Roms so plötzlich und so kräftig zu ergreifen. Die Kopten brauchen internationale Rückendeckung gegenüber einem wieder militant werdenden Islam. Gleichzeitig müssen sie sich auch als ägyptische Patrioten legitimieren. Sicherlich keine leichte Aufgabe. Jedenfalls versäumte es Schenudah III. nicht, Papst Paul VI. zu einem Gegenbesuch in Ägypten einzuladen, eine Einladung, die dieser wohl aus politischen Gründen vorerst kaum annehmen kann.

Die mit Rom *umierten Kopten* betrachten das Geschehen mit sehr gemischten Gefühlen und fangen an, sich nach dem Sinn ihrer kirchlichen Existenz zu fragen. Die Welle der neuen Verständigung ist über ihre Köpfe hinweggebraust, ohne daß man sie konsultiert hätte. Der Prestigeverlust ist beträchtlich, um so mehr, als die koptische Erneuerungsbewegung auch auf die katholischen Gläubigen nicht ohne eine gewisse Attraktion geblieben ist.

Gerade die ältere Generation, die noch im Geiste der Konfrontation gelebt und gewirkt hat, vermag sich nicht so rasch umzustellen, und eine gewisse Bitterkeit ist unverkennbar. Andererseits beginnt sich auch ein Abbröckeln der alten, verhärteten Positionen abzuzeichnen. Die katholischen Kollegien mit ihren katholisch, koptisch und mohammedanisch gemischten Schülern haben dabei durchaus Positives zur gegenseitigen Verständigung beigetragen.

Ein Einzelfall mag wie ein Paradigma auf eine künftige Zeit verweisen. Unlängst bat ein junger Kopte um Aufnahme in den Jesuitenorden, wobei er gleichzeitig betonte, daß er nicht katholisch zu werden wünsche. Dem Ansinnen wurde allerdings vom Jesuitengeneralat in Rom nicht entsprochen. Man wollte nicht durch jurisdiktionelle Verschiedenheiten einen Anlaß zu künftigen neuen Streitigkeiten liefern.

Immerhin zeigt das Beispiel, daß man sich in gewissen Kreisen der koptischen Intelligenz immer mehr der religiösen Einheit bewußt wird und diese gegenüber der jurisdiktionellen Verschiedenheit in den Vordergrund rückt, ohne deshalb die eigene Identität aufgeben zu wollen.

Robert Hotz

ZUR «GESCHICHTSPHILOSOPHIE» DES CLUB OF ROME

Ist der in diesen Tagen mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bedachte «Bericht» über die «Grenzen des Wachstums» so ideologiefrei, wie er sich gibt, oder hat er politischen Charakter? Mit welchem Anspruch treten die Technologen des «Club of Rome» auf, wenn sie der Menschheit ihre «Botschaft» verkünden?

Nachdem uns schon vor Jahresfrist der Inhalt des Appells, samt Daten, Prognosen und Modellen, im Beitrag von Paul Erbrich vorgestellt wurde, und nach allem, was seither noch bei uns zum gleichen Problemkreis von J. David u. a. geschrieben wurde,¹ ist es vielleicht an der Zeit, den Bericht des Club of Rome in einigen Passagen im Wortlaut zu beschen und abzutasten, «wes Geistes Kind» er sei. Heinz Robert Schlette besorgt dies im folgenden als kritischer Philosoph. Die Zitate (mit Seitenzahl in Klammern) verweisen auf die deutsche Ausgabe: D. Meadows u. a., Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (Stuttgart 1972).
Die Redaktion

Das philosophische Denken, das über Kultur, Geschichte, Gesellschaft, Ethik, kurz: über «Praxis» nicht abstrakt und elitär sich hinwegsetzt, reagiert fast seismographisch auf «Erfahrungen», die die Situation der Menschheit im ganzen betreffen. Ungeachtet der vielfältigen Probleme, die ein solches Zusammenspiel von «Erfahrung» und Philosophieren, Praxis und Theorie mit sich bringt, gehe ich hier² von der These aus, daß den zahlreichen neueren Arbeiten über das bedrohte ökologische Gleichgewicht eine Bedeutsamkeit zuerkannt werden muß, die auch für das *philosophische* Denken von erheblichem Belang ist.

Vergewissern wir uns zunächst der Neuartigkeit der Erfahrung, die durch jene Untersuchungen vermittelt wird, welche in der bekanntesten, durch den Club of Rome veranlaßten und bewußt

in allgemeinverständlicher Form veröffentlichten Studie des *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) vorgelegt wurden. Von verschiedenen Seiten ist zwar an dieser Studie *Kritik* geübt worden, die geltend macht, man habe eben doch gewisse Möglichkeiten, vor allem politischer Art, bei der Vorausberechnung nicht oder nicht hinreichend beachtet (oder beachten können).³ Doch die neue Erfahrung, die der «Bericht zur Lage der Menschheit» vermittelt, ist als solche unabhängig von der Kritisierbarkeit der Prognosen im einzelnen.

Die *reale Grenze*, vor der wir stehen und die es anzuerkennen gilt,⁴ wird aufgrund der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Verfaßtheit der gegenwärtigen Menschheit zwar erst recht spürbar, aber das *Bewußtsein* der begrenzten Möglichkeiten hängt als solches nicht davon ab, ob unsere Chance bis zum Jahre 2100 reicht oder noch einige Zeit darüber hinaus. Denn dieses Bewußtsein ergibt sich ja gerade aus dem Stand der gegenwärtig möglichen Prognose, die nicht mehr die unendliche Fortsetzbarkeit des Wachstums zu verheißen vermag. Es zeigt sich eben, daß die im MIT-Bericht aufgezählten Schwierigkeiten «letztlich eine gemeinsame, recht banale Ursache haben: unsere Erde ist nicht unendlich» (74). Selbst wenn sich aufgrund neuer, zurzeit noch unbekannter Erkenntnisse zeigen würde, daß die Grenzen des Wachstums in eine weitere Zukunft hinein vorgeschoben werden könnten,

³ So schreibt z. B. der bekannte Futurologe Robert Jungk in einer Besprechung in der «Süddeutschen Zeitung» vom 5./6. August 1972: «Allerdings muß man sich klar darüber sein, daß die dem Bericht beigegebenen Diagramme über mögliche Entwicklungen bis hin zum Jahre 2100 (Zeitkarten) sind, die man in ihrer Ungenauigkeit mit den frühen unvollständigen und irrigen (Weltkarten) des Ptolemäus vergleichen könnte. Es fehlt in diesen Berechnungen der (Faktor Phantasie) ebenso wie der (Faktor Politik) und der Faktor (Gesellschaftsstruktur). Die dem (Establishment) und der Dauerhaftigkeit seiner Strukturen anscheinend voll vertrauenden Verfasser der (Weltmodelle) wollen so unberechenbare Größen wie Rüstung und Revolution gar nicht erst anrühren. Sie könnten ihnen ja ihre futurologischen Kreise stören. Dennoch: Es lohnt sich, diesen Computer-Schocker zu lesen, auch wenn die dort aufscheinenden Entwicklungen mit der kommenden Wirklichkeit kaum identisch sein dürften. Er ist weniger als Voraussage denn als Vorwarnung zu bewerten.»

⁴ «... die Verhältnisse zwischen den irdischen Grenzen und dem Umfang der menschlichen Tätigkeit ändern sich» (136; vgl. 136–140: «Wahl der Grenzen»; 73 f.: «Die begrenzte Erde»).

¹ Vgl. die Übersicht und die Verweise im Vorspann zum Interview mit Prof. Binswanger in Nr. 10, Seite 117, dieses Jahrgangs. Darauf folgte jüngst in Nr. 15/16, Seite 168, noch der Beitrag «Zur Energiekrise». Die Artikel von P. Erbrich erschienen in «Orientierung» 1972/19 und 20, Seiten 219 ff. und 233 ff. (Red.).

² Der hier (und in der nächsten Nummer) veröffentlichte Beitrag stellt die leicht veränderte Fassung eines Artikels dar, der unter dem Titel: «Späte Stunde der Nemesis? Geschichtsphilosophie angesichts der Grenzen des Wachstums», demnächst im 1. Band der neuen «Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit» erscheint. Der Band ist dem Thema «Denken über die Geschichte» gewidmet (herausgegeben von F. Engel-Janosi, G. Klungenstein, H. Lutz im Verlag R. Oldenbourg, München 1973).

dürfen wir *jetzt* auf eine solche unsichere Möglichkeit hin weder spekulativ noch praktisch sündigen. Für uns ist also als neue, wissenschaftlich präzierte Erfahrung bestimmend geworden, daß es *überhaupt* Grenzen des «Wachstums»⁵ gibt und daß wir allenfalls die Chance besitzen, uns auf sie einzustellen und auf diese Weise vielleicht zu retten, was noch zu retten ist.

Somit ergibt sich für die philosophische Reflexion, daß sie, will sie ihre Zeit in Gedanken erfassen, nicht mehr unabhängig von der neuen Erfahrung der Grenzen und der Begrenztheit überhaupt sich entfalten kann, ohne auf einer Ebene zu verbleiben, die nicht mehr die heutige ist und deshalb entweder als historisch gelten muß oder schlicht als nicht hinreichend anzusehen ist. Achtet man darauf, welche Mittel zur Bewältigung der Bedrohung der Club of Rome in seiner «kritischen Würdigung» des MIT-Berichtes empfiehlt, so fällt auf, daß er vor weitreichenden Forderungen nicht zurückschreckt, die höchste Ansprüche an jedermann stellen. Es ist hier nicht erforderlich, im einzelnen die *zehn Punkte* zu resümieren, in denen der Club of Rome (170–175) seine Ansicht zusammenfaßt; einiges jedoch, das den Philosophen, der den Gang der Geschichte zu interpretieren versucht und insofern «geschichtsphilosophische» Ambitionen verfolgt, sei hier angeführt. Der Club of Rome erklärt:

► «Wir sind überzeugt, daß eine klare Vorstellung über die quantitativen Grenzen unseres Lebensraumes und die tragischen Konsequenzen eines Überschießens seiner Belastbarkeit dafür wesentlich ist, neue Denkgewohnheiten zu entwickeln, die zu einer grundsätzlichen Änderung menschlichen Verhaltens und damit auch der Gesamtstruktur der gegenwärtigen Gesellschaft führen» (170).

► «Unsere gegenwärtige Situation ist so verwickelt und so sehr Ergebnis vielfältiger menschlicher Bestrebungen, daß keine Kombination rein technischer, wirtschaftlicher oder gesetzlicher Maßnahmen eine wesentliche Besserung bewirken kann. Ganz neue Vorgehensweisen sind erforderlich, um die Menschheit auf Ziele auszurichten, die anstelle weiteren Wachstums auf Gleichgewichtszustände führen. Sie erfordern ein außergewöhnliches Maß von Verständnis, Vorstellungskraft und politischem und moralischem Mut. Wir glauben aber, daß diese Anstrengungen geleistet werden können ...» (172).

► «Wir vertreten in der Tat die Ansicht, daß soziale Innovation nicht mehr länger hinter der technischen zurückbleiben darf, daß die Zeit für eine radikale Reform institutioneller und politischer Prozesse auf allen Ebenen, einschließlich der höchsten, der Ebene der Weltpolitik, reif ist. Wir vertrauen darauf, daß schon unsere Generation diese Herausforderung annehmen wird, wenn sie nur die tragischen Konsequenzen weiterer Tatenlosigkeit richtig einschätzt» (173).

► «Wir sind schließlich überzeugt, daß jeder vernünftige Versuch, einen dauerhaften Gleichgewichtszustand durch geplante Maßnahmen herbeizuführen, letztlich nur bei grundsätzlicher Änderung der Wert- und Zielvorstellungen des einzelnen, der Völker und auf Weltebene von Erfolg gekrönt sein wird. Vielleicht liegen diese Änderungen schon in der Luft, wenn auch nur andeutungsweise. Aber unsere herrschenden Traditionen,

⁵ Man sollte nicht übersehen, daß die allgemein übliche Verwendung des Terminus «Wachstum» in bezug auf wirtschaftliche, technisch-zivilisatorische und ähnliche Vorgänge nicht nur deswegen problematisch ist, weil es sich hier um eine unangemessene organologische Metapher handelt; vielmehr aus dem anderen Grund, weil nämlich diese Metapher ideologischen Charakter anzunehmen vermag: Von Menschen in Gang gesetzte Entwicklungen werden nach dem Modell *naturhaften* Geschehens als notwendige, anonyme Prozesse vorgestellt, die ihre eigene, selbsttätige Dynamik entfalten. Der MIT-Bericht und der Club of Rome verwenden das Wort «Wachstum» zwar nicht in ideologischer Absicht, sondern ausschließlich im metaphorisch-pragmatischen Sinn, doch scheinen sie auf die ideologiefreundliche Implikation dieser Redeweise ebenso wenig zu achten wie auf den Anteil von «Ideologie» (im weitesten Sinn) an der Hervorbringung der beschworenen Krise im allgemeinen. Zum letzteren vgl. C. Amery, *Das Ende der Vorsehung – Die gnadenlosen Folgen des Christentums*, Reinbek 1972. Amery versucht, die Verantwortlichkeit der jüdisch-christlichen Tradition für die ökologische Krise aufzudecken und fordert auf diesem Hintergrund eine neue planetarische Ethik, vgl. Seiten 221–250.

unsere Erziehung, unsere gewohnten Tätigkeiten und Interessen machen eine derartige Änderung zu einem sehr schmerzhaften und langwierigen Vorgang. Nur ein echtes Verständnis der Bedingungen, unter denen die Menschheit an diesem Wendepunkt der Geschichte steht, kann die notwendigen Triebkräfte freisetzen, welche die Menschen dazu bringen können, persönliche Opfer zu bringen und die notwendigen Änderungen politischer und wirtschaftlicher Machtstrukturen anzuerkennen, um einen Gleichgewichtszustand zu erreichen» (174).

► «Der Grundgedanke einer Gesellschaft im wirtschaftlichen und ökologischen Gleichgewicht ist scheinbar leicht zu erfassen; doch ist unsere heutige Wirklichkeit davon so weit entfernt, daß praktisch eine geistige Umwälzung kopernikanischen Ausmaßes für die Umsetzung unserer Vorstellungen in praktische Handlungen erforderlich sein dürfte» (175).

► «Die Übergangsphase wird in jedem Fall schmerzhaft sein, sie verlangt ein außergewöhnliches Maß an menschlichem Scharfsinn und an Entschlußkraft. Nur die Überzeugung, daß es zum Überleben keinen anderen Weg gibt, kann die dazu notwendige moralische, intellektuelle und schöpferische Kraft für dieses bisher in der Menschheit einmalige Unternehmen freisetzen» (175).

Das Wort Revolution kommt nicht vor

Hier geht es in der Tat um die Geschichte, die die Menschheit – noch – vor sich hat; es entsteht ein apokalyptisches Klima, und es werden Forderungen erhoben, die den Philosophen zu der Frage veranlassen müssen, welches Verständnis von Geschichte und damit auch vom Menschen hier zugrundeliegt, ohne thematisiert und problematisiert zu werden. Ausdrücklich heißt es, «politischer und moralischer Mut» seien erforderlich, «neue Denkgewohnheiten», «moralische, intellektuelle und schöpferische Kraft», eine «grundsätzliche Änderung der Wert- und Zielvorstellungen des einzelnen, der Völker und auf Weltebene», «soziale Innovation», «radikale Reform»; es gehe um eine «geistige Umwälzung kopernikanischen Ausmaßes». Nun, Kopernikus gab seiner 1543 erschienenen Schrift den Titel: «De revolutionibus orbium coelestium»; das Wort *revolutio* hatte damals einen unpolitischen, astronomischen Sinn. In der Stellungnahme des Club of Rome kommt bei der Erörterung der für notwendig gehaltenen «Umwälzung» (*re-volutio*) kopernikanischen Ausmaßes das Wort *Revolution* bezeichnenderweise nicht vor. Angesichts der Inflationierung dieses Begriffs wird man dies nicht für einen Mangel halten müssen. Wenn aber der Club of Rome feierlich von dem Bericht über die Grenzen des Wachstums als von einer «Botschaft» (170, 175) spricht und mit dem Appell endet, «der Mensch» müsse «sich selbst, seine Ziele und seine Wertvorstellungen ebenso erforschen ... wie die Welt, die er zu verändern sucht» (176), so hat man doch sehr prosaisch die Frage zu stellen, wovon hier geredet, an welche «Änderungen» und «radikalen Reformen» gedacht wird (denn man wird wohl nicht sagen wollen, hier werde lediglich aus pädagogischen und psychologischen Gründen ein «Alarm» geschlagen, der nun doch so ernst nicht zu nehmen sei).

Vermutlich ist sich der Club of Rome über den genauen politischen Charakter der für notwendig erachteten Änderungen selbst nicht im klaren; dies hätte ihn freilich nicht zu hindern brauchen, die Problematik der Revolution wenigstens beim Namen zu nennen. Es dürfte somit die Folgerung berechtigt sein, der Club of Rome habe sich mit Absicht einer recht formal gehaltenen Terminologie bedient, damit jedermann sich mit seinen Formulierungen identifizieren könne. Gleichwohl wird man nicht unterstellen dürfen, daß die Möglichkeit der Revolution gänzlich außerhalb seines Gesichtskreises geblieben wäre, denn der MIT-Bericht ist unter anderem bei einer internationalen Konferenz des Clubs in Moskau zur Diskussion gestellt worden (166). Doch das Votum des Clubs scheint verbal betrachtet nicht nur für eine revolutionäre Interpretation im marxistischen, leninistischen oder maoistischen Verständnis offen zu bleiben, sondern auch für eine Revolution durchaus anderer Art. Zwar wird immer wieder versichert, man vertraue auf die Einsicht und die moralische Kraft (insbesondere)

der jungen Generation usw., doch wird man sich den Club of Rome kaum als so naiv vorstellen wollen, daß er eine in Freiheit gewollte, tiefgreifende Änderung der Denk- und Verhaltensweise der Menschen allein schon wegen der Größe der Bedrohung für möglich hielt. Fragt man sich dann aber, wie eine derart weitreichende Änderung oder «Umwälzung» zustandekommen soll, so liegt der Gedanke an die Diktatur einer wissenschaftlich-technokratischen Elite und in diesem Sinne an eine «Revolution von rechts» außerordentlich nahe. Man wird dem Club auch eine derartige Absicht nicht unterstellen können, aber sie liegt sehr wohl in der Konsequenz der von ihm angestellten Erwägungen; es scheint, daß das herkömmliche Modell der liberalen Demokratie wieder einmal hinsichtlich seiner Effizienz mit besonderer Skepsis betrachtet wird und daß der apokalyptischen Bedrohung schneller und wirksamer Einhalt zu bieten sei, wenn man den Weg der Revolution und der Diktatur beschreitet. Zumindest muß sich die Stellungnahme des Club of Rome den Vorwurf gefallen lassen, in dieser Frage nicht eindeutig gesprochen zu haben.⁶

Könnte aber der Club nicht auch so verstanden werden, als wolle der «Bericht», der «eine Botschaft enthält, die für alle wichtigen Aspekte der gegenwärtigen Lage der Menschheit Relevanz besitzt» (170), eine Denk- und Verhaltensweise

⁶ Vgl. die in diesem Zusammenhang interessante Untersuchung zum Verhältnis von Eliten und Demokratie: P. Bachrach, Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft – Eine kritische Analyse, Frankfurt 1970.

anvisieren, die, aus einer neuartigen Erfahrung hervorgehend, jenseits der bisherigen Fronten von Evolution und Revolution, rechts und links, Diktatur, Demokratie und Sozialismus situiert und heute noch nicht deutlich bestimmbar ist, weil sie ja als Desiderat und noch nicht als Wirklichkeit vor uns steht? Hört man den energischen Appell und den beschwörenden Aufruf zur Einsicht in den Worten des Club of Rome, so wird man tatsächlich annehmen dürfen, es gehe ihm um einen derartigen Vorgriff auf eine neue Weise menschlichen Daseins, vielleicht sogar um einen neuen Humanismus. In der Erwartung einer solchen Umwälzung scheint hier jedoch ein Hauch von Illusion zu liegen, ebenso wie speziell in der – ohnehin mit Vorbehalten geäußerten⁷ – Forderung nach einer großen moralischen Anstrengung.⁸

(2. Teil folgt)

Heinz Robert Schlette, Bonn-Beuel

⁷ «Wir ... sind aber auch realistisch genug, um rein wissenschaftlichen oder ethischen Überlegungen nicht blindlings zu vertrauen» (175).

⁸ Vgl. die bekannte Äußerung von C. F. von Weizsäcker: «Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung, denn wir müssen überhaupt eine Ethik des Lebens in der technischen Welt entwickeln» (Bedingungen des Friedens, Göttingen 1964, Seite 8). Ein wenig zurückhaltender klingt demgegenüber eine neuere Äußerung von Weizsäcker: «Die moralische Anstrengung muß schon sein. Aber die moralische Anstrengung muß bei den Leuten, die dazu die Fähigkeit und die Vorbildung haben, insbesondere auch eine intellektuelle Anstrengung sein» (Fortschritt für den Frieden, Gespräch mit C. F. von Weizsäcker, in: Evangelische Kommentare 5, 1972, Seite 740).

POLITISCH RELEVANTE BESCHLÜSSE DER SYNODE 72

Sie habe sich auf den Weg zu «politischer Relevanz» und zur Wahrnehmung sozialer Verantwortung begeben: so ist der «Synode 72» in einem ersten Pressekommentar¹ zur Gesamtschweizerischen Sitzung vom 8./9. September in Bern attestiert worden. Es war bereits das zweite Mal, daß sich hier die gewählten Delegationen (Fraktionen) der einzelnen Bistumssynoden auf einer gemeinsamen Plattform trafen, aber es war die erste Synodenversammlung, die verbindliche, gesamtschweizerische Beschlüsse verabschiedete.

Diese treffen nicht nur zeitlich erstaunlich aktuell in die gegenwärtige politische Landschaft der Schweiz, sondern bemühen sich auch in der Motivation und in den empfohlenen Maßnahmen, über innerkirchliche Reflexionen und über ein bloßes konfessionelles Gruppendenken hinauszukommen und einen Beitrag zur öffentlichen Meinungs- und Gewissensbildung zu leisten.

In erster Linie gilt dies von den beiden Beschlüssen zum Schwangerschaftsabbruch (Abtreibung) und zur Situation der ausländischen Arbeiter. In der Perspektive der Synode haben es beide mit «Ehe und Familie im Wandel der Gesellschaft» (Titel der Rahmenvorlage) zu tun; im politischen Raum aber treffen sie auf Initiativen von völlig verschiedener Herkunft.

Schwangerschaftsabbruch: Ethik und Politik

Die politische Ausgangslage im Problemkreis des Schwangerschaftsabbruchs ist in der Schweiz die folgende:

Einer im Dezember 1971 zustandekommenen Volksinitiative, die die völlige Straffreiheit des ärztlich vollzogenen Schwangerschaftsabbruchs verlangt und diese (mangels der Möglichkeit zur Gesetzesinitiative auf Bundesebene) in der Verfassung verankern will, beabsichtigt das zuständige Eidg. Justiz- und Polizeidepartement mit einem Gegenvorschlag der Regierung auf Revision des Strafgesetzes zu antworten. Die hierzu

bestellte Expertenkommission hat sich bereits geäußert, aber nicht mit einem einheitlichen Beschluß, sondern mit drei Alternativvorschlägen:

► Der erste sieht drei Indikationen, die medizinische, die «ethisch-juristische» (bei Vergewaltigung usw.) und die eugenische, für straffreien Abbruch vor; ihm stimmten zehn Experten zu.

► Der zweite, von fünf Experten unterstützt, fügt die soziale Indikation hinzu (über die unabhängige kantonale Beratungsstellen als einzige Instanz befinden sollen).

► Der dritte, den dreizehn Experten einbrachten, plädiert für die «Fristenregelung». Für diese hat sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bereits auf ihrem außerordentlichen Parteikongreß vom 2./3. Juni 1973 ausgesprochen.

Das Justizdepartement unter seinem christdemokratischen Chef, Bundesrat Kurt Furgler, hat seinerseits, als es im Juli die drei Vorschläge in das sogenannte «Vernehmlassungsverfahren» gab, unmißverständlich deutlich gemacht, daß es einzig den ersten Vorschlag mit den drei Indikationen empfehlen könne. Anstelle der Straffreiheit bei sozialer Notlage sollten mittels einer bereits in Gang befindlichen Revision des Familienrechts «flankierende» Sozialmaßnahmen und die Beseitigung jeglicher Diskriminierung unverheirateter Mütter und ihrer Kinder (Revision des Kind-schaftsrechtes) treten.

An kirchlichen Verlautbarungen ging dem Synodenbeschuß eine erste Äußerung der Schweizerischen Bischofskonferenz voraus. Von der Synode wünschte sie, daß der Unterschied zwischen gesetzlicher Straffreiheit und sittlicher Erlaubtheit herauszustellen sei. Vor dem Plenum wurde dies nochmals von Weihbischof Dr. Bullet (Fribourg) unterstrichen, während Bischofsvikar Dr. Sustar für eine ausdrückliche *Stellungnahme gegen die Fristenregelung* eintrat.

Zwei Anträge liefen nämlich darauf hinaus, diese entweder nicht ausdrücklich zu nennen oder sie mit einem «vielleicht» als «politische» Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Den Vertretern dieser Ansicht ging es darum, im bevorstehenden demokratischen Entscheidungsprozeß auf jeden Fall gegen die Initiative zur völligen Straffreiheit eine starke Volksmehrheit zu gewinnen.

Die Berner Synodenversammlung folgte aber mit großer Mehrheit der Ansicht von Prof. Sustar, für die Synode gehe

¹ Konrad R. Lienert im Zürcher «Tagesanzeiger» vom 10. Sept. 1973.

es zunächst darum, deutlich zu sagen, «was wir als Christen zu vertreten haben». Ihre Aufgabe liege also zunächst in der Gewissensbildung der Katholiken und in einer Äußerung des katholischen Gewissens. Wie weit wir damit im demokratischen Staat durchkämen, sei eine «andere Frage». Sie abzuschätzen ist folglich dem politischen Verstand und dem politischen Ethos (mit der Zielsetzung des Erreichbaren) zugewiesen. Demnach vertrat die Synode angesichts der drei Vorschläge der eidgenössischen Expertenkommission klar ihren Standpunkt sowohl gegen die Fristenlösung wie gegen die völlige Strafflosigkeit und stellte auch hinsichtlich der «Indikationen» fest, «daß Schwangerschaftsabbruch immer Zerstörung menschlichen Lebens ist: was in unserer Gesellschaft als legal gilt, ist deshalb noch nicht sittlich erlaubt». Sie fügte im Sinne der Bereitschaft zum Gespräch im demokratischen Meinungsprozeß hinzu: «Aber wir achten auch die Gewissensfreiheit jener, die unsere Überzeugungen nicht teilen.»

«Recht auf Leben»

Die Synode ließ es aber nicht bei der Stellungnahme zur Strafrechtsreform bewenden. Diese figuriert erst in Abschnitt 13 der Vorlage. Längst vorher, in der Einleitung, wird betont, die ganze Frage erhalte zwar durch die strafrechtliche Neuregelung ihre besondere Aktualität, sie müsse jedoch «stets im größeren Zusammenhang der Probleme gesehen werden, die sich aus den Tatsachen des Krieges, der Gewalttätigkeit, der Folterungen und der ungünstigen Umweltbedingungen ergeben». Mit diesem Satz hat man offenbar gleich zu Beginn den engagierten Vertreter der jüngeren Generation und den besonders in der Westschweiz prononcierten Anhängern der christlichen Friedensbewegung entgegenkommen wollen. Sie werfen der Kirche in der Schweiz vor, daß ihr diese andern Attentate auf das Leben der Menschen noch viel zu wenig auf der Seele brennen.²

Ein anderer Vorwurf wurde gleich zu Beginn der Debatte von einem Vertreter der jungen Generation erhoben: Der Text wolle sozialpolitische Probleme – vor allem die Begünstigung der oberen Schichten durch die jetzige Rechtsordnung – pseudomoralisch vertuschen. Doch gerade in dieser Hinsicht hat die endgültige Fassung der Vorlage einen deutlichen Akzent gesetzt. Sie empfiehlt nämlich nicht nur recht ausführlich eine Reihe von Maßnahmen der Sozialfürsorge und der Sozialpolitik für schwangere Frauen, kinderreiche Familien, Gastarbeiterfamilien usw. (wozu ja noch manche Initiative auch im freiwilligen kirchlichen Rahmen möglich wäre): sie schlägt für die staatliche Gesetzgebung einen grundsätzlich neuen Schritt vor.

Der genannte Absatz 13 über den strafrechtlichen Schutz wurde im Laufe der Verhandlungen um einen ganzen Passus erweitert. Dieser weist realistisch darauf hin, daß «keine Revision des Strafgesetzes die beängstigende Zahl der Schwangerschaftsabbruchsfälle reduzieren wird». Um das *Recht jeder Mutter, ihr Kind auf die Welt zu bringen*, und das *Recht jedes Kindes, zur Welt zu kommen*, wirksam zu schützen, müsse der Gesetzgeber vielmehr diese Rechte als *Sozialrechte*³ gesetzlich verankern.

Der Staat, der heute so viel für das junge neugeborene und heranwachsende Leben, aber noch so wenig für das ungeborene Leben tut, wird also aufgefordert, durch eine ganz neue Sozialgesetzgebung «der Frau und dem Ehepaar die Sicherheit zu gewähren, ihr Kind selbst erziehen zu können oder es unter Umständen durch Dritte erziehen zu lassen». Diese sozial-

rechtliche Gesetzgebung muß nach dem Synodenbeschluß unter anderem folgendes vorsehen: «Kostenlose Beratungen, eine psychosoziale und eventuell medizinische Hilfe, entsprechende Familienzulagen, die Möglichkeit, eine geeignete Wohnung zu finden, einen strafrechtlichen Schutz gegen den Zwang zum Schwangerschaftsabbruch.»

Strafrecht und Sozialrecht — eine Alternative

Diesen Vorstoß verdankt der Synodentext einer *Gruppe aus Lausanne*. In ihr haben mehrere Ehepaare, drei Juristen, zwei Unternehmer und ein Geistlicher sowie Frauen mit Erfahrung in Ehe- und Familienberatung zusammengewirkt, um eine neue *Alternative* zu den drei in die Vernehmlassung gegangenen Vorschlägen der bundesrätlichen Expertenkommission zu erarbeiten. In dieser Alternative steht der soeben genannte Schutz gegenüber jeder Drohung (vor allem aber der häufigen Drohung mit dem Abbruch persönlicher, ehelicher, familiärer usw. Beziehungen) und die Freiheit der Mutter, ihr Kind zur Welt zu bringen, an erster Stelle. Sehr viele Frauen werden nämlich – das wurde auch von einer Psychologin an der Synode bestätigt – durch ihren Gatten oder Liebhaber unter Druck gesetzt. Deshalb wird dem Gesetzgeber empfohlen, vom Freiheitsrecht der Mutter auszugehen und die genannten Drohungen als Delikt der Nötigung zu qualifizieren.

Gleichzeitig wird für die vom Justizdepartement vorgesehenen «flankierenden Maßnahmen», zu denen die in allen drei Vorschlägen figurierenden Beratungsstellen zählen, eine breitere gesetzgeberische Basis als das bloße Strafgesetz gefordert. Darauf abzustellen genügt nicht, damit die Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch als obligatorisch und kostenlos erklärt und die Beratungsstellen durch ausreichende Finanzierung zu wirksamer und individuell angepaßter Hilfe befähigt werden können. Vielmehr sollen die strafrechtlichen Bestimmungen einem umfassenden Gesetzeswerk eingegliedert werden. Dafür wird vor allem der *Familien-schutzartikel der Bundesverfassung* angerufen. Dieser ist seinerzeit nach Kriegsende mit überwältigender Volksmehrheit angenommen worden, hat aber bisher nur auf kantonaler und nicht auf Bundesebene seine Ausführungsgesetzgebung erhalten. Man wird dabei nicht zuletzt an eine Ausdehnung der Familienzulagen und an die ausdrücklich geforderte Mutterschaftsversicherung zu denken haben.

Wirksame Prophylaxe

Soweit nun also die Vorschläge und Überlegungen der Lausanner Gruppe in die Synode eingebracht wurden, ging es grundlegend um den Ausbau *präventiver* Maßnahmen, die verhindern sollen, daß sich die Frage der Abtreibung überhaupt stellt. Dabei spielt die Beratung und Aufklärung über *Familienplanung und Empfängnisregelung* eine zentrale Rolle. Schon der vorbereitete Kommissionstext sagte ausdrücklich, die Methoden müßten «*wirksam*» sein. Der Waadtländer Gynäkologe *De Mestral* betonte in diesem Zusammenhang, Erfahrungen in Rußland usw. zeigten, daß mangels anderer wirksamer Prävention eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs bewirke, daß dieser als die wirksamste Form der Familienplanung betrachtet werde. Gerade dies gelte es unter allen Umständen zu verhindern.

Was in diesem Zusammenhang über die individuelle Wahl der jeweils wirksamen Methoden zu sagen ist, gehört in ein anderes Kapitel der synodalen Gesamtvorlage, das diesmal nicht zur Diskussion stand: Man verwies lediglich auf das «richtig gebildete Gewissen». Die Presse sowie einzelne Votanten nahmen aber wahr, daß gerade an diesem Punkt die katholische Kirche im Rahmen der Abtreibungsfrage betroffen ist.

Sie ist es nicht minder hinsichtlich der dringenden Erziehungsaufgabe, die *Mentalität gegenüber ledigen Müttern* zu ändern. Der Synodentext betont, daß diese weder diskriminiert noch benachteiligt werden dürfen, daß sie Hilfe und Achtung verdienen und daß auch die Entscheidung zu respektieren ist, ein Kind adoptieren zu lassen: diesbezügliche Schritte sollen erleichtert werden. Dasselbe Verständnis, so fügt der Text hinzu, verdienen *Ehepaare, die aus großer Not heraus ein Kind zur Adoption freigeben*. Dieser Zusatz ist wichtig, denn das Verständnis dafür fehlt noch weiterhin. Endlich erklärt die Synode: «Eine Frau, die aus Verzweiflung den

² So auch R. P. Raymond Bréchet in «La Suisse» vom 10. Sept. 1973.

³ Der Ausdruck «Sozialrecht» («droit social») wurde von der Schweiz. Sachkommission übernommen und fand die Zustimmung des Plenums. Die Redaktionskommission übersah aber die Bedeutung dieses Fachausdrucks, und so ging er in der Schlußredaktion verloren, was sich vielleicht noch beheben läßt. Man kann sich in diesem Zusammenhang fragen, ob der Redaktionskommission nicht jeweils die Antragsteller der einzuarbeitenden Anträge bzw. ein Sachverständiger der zuständigen Kommission beigegeben werden sollten.

Schwangerschaftsabbruch gewählt hat, darf weder verachtet noch sich selbst überlassen werden, vielmehr ist ihr wirksam zu helfen.»

Daß in solchen Appellen der erste Adressat die Rufer selber, also hier die Synodalen und die durch sie erreichbaren Glaubensgenossen und Gemeinden sind, wurde vom immer aktiv mitwirkenden evangelischen Berater, Dr. D. von Allmen, in einem engagierten Schlußwort hervorgehoben. Aber auch hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen, die man verlangt, steht die Bewährung noch aus: sie betrifft den Geldbeutel und müßte nicht zuletzt in der Bereitschaft bestehen, mehr Steuern zu zahlen und die Steuergelder – auch in den Kirchgemeinden – anders einzusetzen.

Ausländer: Um den Familiennachzug der Gastarbeiter

Die Frage nach den Konsequenzen, die zu ziehen sind, stellt sich auch für die Erklärung der Synode zur Situation der ausländischen Arbeiter in der Schweiz. Bekanntlich streiten hier zunächst die Interessen der Wirtschaft und die Animosität wider die Überfremdung miteinander. Letztere findet in zwei neuen Initiativen ihren Ausdruck, von der die eine bereits eingereicht ist und demnächst dem Parlament, im kommenden Jahr dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.

Auf der Synode wird die Lage der ausländischen Arbeiter noch in verschiedenen Vorlagen zur Sprache kommen. Diesmal ging es um die *Trennung von den Familien*, worunter aufgrund der behördlichen Vorschriften vor allem die *Saisonarbeiter* leiden. Die Forderung, deren Sonderstatut abzuschaffen,⁴ wurde auf Antrag der Tessiner Fraktion in den Text aufgenommen.

⁴ Die Forderung zielte darauf ab, das gegenwärtige Statut insofern abzuschaffen, als es den Familiennachzug der Saisoniers verhindert oder erschwert. Insofern es aber auch Rechte der Saisoniers festhält, ist es natürlich einer Situation ohne jedes Statut vorzuziehen.

Reisen ins HEILIGE LAND

Planen Sie für 1974 eine Reise mit Ihrer Pfarrei, Ihrem Verein oder Ihren Freunden nach Israel? Mit nur 20 Teilnehmern ist die Durchführung gesichert! Sollte die Gruppe aber nicht zustandekommen, so entstehen Ihnen dadurch keinerlei Kosten, weder für das von uns kostenlos gelieferte vierfarbige Programm noch für andere Vorbereitungsarbeiten.

Wir haben uns auf die Durchführung von Studienreisen und Wallfahrten nach Israel spezialisiert und stützen uns dabei auf eine langjährige Erfahrung. Zudem erhalten wir von unserem Agenten in Jerusalem dank großem Umsatz besonders preisgünstige Konditionen – ein weiterer Vorteil für Sie.

Für Fr. 1400.— pro Person offerieren wir Ihnen z.B. eine zwölf-tägige Rundfahrt inkl. Flug, Vollpension an allen Tagen, Unterkunft in guten Mittelklass-Hotels (Doppelzimmer mit Bad/WC), Taxifahrt auf den Tabor, Bootsfahrt über den See Genesareth, örtliche Reiseführung, Taxen, Gebühren usw. Der 21. Platz ist gratis.

Die Reisen werden in enger Zusammenarbeit mit Swissair, El Al und anderen IATA-Gesellschaften durchgeführt.

Bitte setzen Sie sich mit unserem Herrn F. Christ in Verbindung. Er wird Sie als Fachmann bei der Gestaltung Ihrer Rundreise gerne beraten.



ORBIS-REISEN

9001 St. Gallen, Bahnhofplatz 1, Telefon (071) 22'21 33

Damit hat man ein eklatantes Gegenzeichen zu der derzeit erneut vom republikanischen Nationalrat Dr. James Schwarzenbach, einem Katholiken, lancierten Idee, nur noch Saisoniers zuzulassen, gesetzt.

Die Vorlage wurde auch sonst noch erheblich verschärft. Von den gegenwärtigen staatlichen Regelungen, die fast ein Drittel der in der Schweiz lebenden Gastarbeiter zu einer langen Trennung vom Ehepartner und von den Kindern zwingen und ihnen «verweigern, was ihnen als Menschen, Ehegatten und Vätern zusteht», sagt die Synode:

«Die Beibehaltung einer solchen Regelung, die heute nur noch auf fragwürdigen wirtschaftlichen Überlegungen beruht, stellt eine Ungerechtigkeit dar, die wir als engagierte Christen anprangern und beseitigen müssen.» Dies soll in Zusammenarbeit mit «allen Menschen guten Willens» durch «konkrete Schritte auf sozialer, politischer, gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene» geschehen.

Bei der Abstimmung vereinigte die verschärfte Fassung 79 Stimmen, die ursprüngliche mildere Vorlage 59 Stimmen auf sich. Das relativ knappe Resultat zeigt an, daß man nicht unbeschadet einen möglichst idealen Text verabschiedete.

Die Einleitung «konkreter Schritte» folgte denn auch auf dem Fuß. Drei Tage nach der Synode legte die *Katholische Arbeiterinnen-, Arbeiter- und Angestelltenbewegung der Schweiz* (KAB) den Entwurf zu einer Volksinitiative für die Neuordnung des Ausländerproblems nicht nur nach wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen, sondern auch nach menschlichen und sozialen Gesichtspunkten der Öffentlichkeit vor.⁵

Sicher hat trotz Synode die breite Auseinandersetzung über das Ausländerproblem innerhalb der Kirche noch nicht stattgefunden. Zum seinerzeit hier gemachten Vorschlag (Orientierung, Nr. 5, Seite 58), es seien dezidierte katholische Überfremdungsgegner zur Darlegung ihres Standpunktes in die Diözesansynoden einzuladen, haben wir bisher kein Echo vernommen. Aber auch eine von der Paulus-Akademie in Zürich organisierte Aussprache über die Zusammenarbeit und Eingliederung der Ausländer- mit der Pfarreiseelsorge ist nur von ganz wenigen Kirchgemeinden besichtigt worden. Man wird nun sehen, wie groß das katholische Engagement bei der Unterzeichnung der KAB-Initiative und später bei den Abstimmungen sein wird. Wird man auf den Kanzeln mit derselben Überzeugung für die Rechte der ausländischen Arbeiter wie für diejenigen des ungeborenen Lebens eintreten?

Mischehe: Ökumenische und protestantische Trauung

Das dritte Traktandum der Synodensitzung hatte zunächst innerkirchlichen und ökumenischen Charakter. Es ging um drei gesamtschweizerische Beschlüsse aus dem Problemkreis «Leben in der Mischehe». Insofern damit aber eine Hypothek abgebaut wurde, die schon so lange das interkonfessionelle Klima in der Schweiz belastet hat, ist auch dieser Entscheid von öffentlichem Interesse und für die demokratische Zusammenarbeit relevant.

Konkret ging es um die *ökumenische Trauungsliturgie*, die *Aufhebung des kanonischen Ehehindernisses der Bekenntnisverschiedenheit* (das heißt Abschaffung der Pflicht, die Dispens einzuholen) und die *Anerkennung der nichtkatholischen Trauung*. Inhaltlich wurde die von den einzelnen Bistumssynoden bereits verabschiedete Vorlage kaum mehr verändert; einige wichtige Punkte sollten aber durch die gesamtschweizerische Form der Beschlußfassung noch mehr Gewicht erhalten. Daß diese aber noch recht viel Mühe machte und die Vorlage nicht im vorgesehenen Sinn abgeschlossen werden konnte, hat nicht nur außenstehende Beobachter, sondern auch viele Synodalen

⁵ «Für eine menschliche Neuordnung der Ausländerfrage»: Textentwurf und Kommentar zum geplanten eidgenössischen Initiativbegehren sind erhältlich im Sozialinstitut und Sekretariat der KAB, Ausstellungsstr. 21, 8005 Zürich.

überrascht. Es erklärt sich einerseits mit gewissen *Minderheitsreflexen* der Bistümer in der Westschweiz, im Wallis und im Tessin, andererseits mit dem Ungenügen des *Verfahrens* und der *Verhandlungsführung* auf der gesamtschweizerischen Sitzung.

Der Gang der Dinge führte dazu, daß die Fraktion des Bistums Fribourg-Lausanne-Genf eine Abstimmung blockierte. Es betraf dies die Anerkennung nicht nur der kirchlich-protestantischen, sondern auch der *Ziviltrauung* als gültige Form einer Eheschließung. Diese Frage, die sich nicht nur für bekenntnisverschiedene, sondern auch für beidseitig katholische Paare stellt, muß deshalb noch gesondert behandelt werden, wobei man kaum um eine Unterscheidung von «gültig» und «sakramental» und um eine Differenzierung des Sakramentsbegriffs herumkommen wird.

Die Mühsal des Verfahrens hat die Synode in Zeitdruck gebracht, so daß ihr viertes, mit Spannung erwartetes Thema nicht erledigt werden konnte: *Die Zulassung wiederverheirateter Geschiedener zu den Sakramenten*. Hier sollte ein Ausgleich zwischen den Diözesansynoden gefunden werden. Vor allem aber wäre hier ein Dialog Synode/Bischofskonferenz nötig geworden, da letztere in diesem Punkt keine synodale «Entscheidung», sondern nur eine Empfehlung wünschte.

Ludwig Kaufmann

Brasilianisches Wirtschaftswunder?

Dokument der Bischöfe und Ordensobern des Nordostens

Die brasilianische Zensurbehörde hat ein Dokument, das am 6. Mai dieses Jahres von den Bischöfen und Ordensobern des Nordostens veröffentlicht worden war, für subversiv erklärt und seine Verbreitung verboten. Das zensurierte Dokument geht mit der gegenwärtigen Regierungspolitik tatsächlich scharf ins Gericht. Der lange Text beginnt mit einer ausführlichen Begründung, warum die Kirche zu wirtschaftlichen und politischen Fragen überhaupt Stellung bezieht. Danach schildert er die Lage im Nordosten Brasiliens und geht dabei auf Fragen wie Pro-Kopf-Einkommen, Arbeit, Ernährung, Wohnung, Erziehung und Gesundheit ein. Dieser Beschreibung folgt ein geschichtlicher Rückblick, der einige Wurzeln der gegenwärtigen Situation aufzeigt. Es wird dargelegt, wie zeitweise große Anstrengungen unternommen worden sind, um dem Nordosten zu helfen, und wie dann wegen einer veränderten Wirtschaftspolitik diese Bemühungen sehr beeinträchtigt wurden. Die Bischöfe wenden sich in ihrem Dokument aber dagegen, daß die gegenwärtige Unterentwicklung einfach als Fatalität hingenommen wird. Sie stellen ferner fest, daß eine Politik zu Gunsten der ärmeren Regionen den Interessen des nationalen und internationalen Kapitalismus geopfert wurde und kritisieren in diesem Zusammenhang, daß alle staatliche Macht – ohne Auftrag von Seiten des Volkes – in der Exekutive vereinigt wurde. Am kritischsten wird der bischöfliche Text, wenn es um das geht, was oft als das «brasilianische Wirtschaftswunder» gepriesen wird. Um die diesbezügliche Argumentation der Bischöfe klar zu machen, veröffentlichen wir nachstehend diesen ganzen Abschnitt. Im Rest des Dokumentes gehen die Bischöfe noch auf das Agrarproblem ein und schließen, indem sie nochmals ausführlich erklären, weshalb die Kirche zu all diesen Fragen nicht schweigen darf, und sie bekennen auch, daß die Kirche diesbezüglich oft versagt hat.

Die Redaktion

IM BEREICH DER WIRTSCHAFT wird die größte Offensive, von der man in der brasilianischen Geschichte je gehört hat, zur Anlockung ausländischen Kapitals durchgeführt. Um die Rentabilität der Kapitalien, die hier angelegt werden, zu sichern, gewährt die Regierung großzügige Bedingungen und Garantien. Das Volkseinkommen wird beim Ausbau der Infrastruktur weitgehend so verwendet, daß es Wege zur Eroberung neuer Märkte und Erwerbsquellen öffnet. Ja selbst

Die Seelsorgebezirke im Erzbistum Paderborn:

«Ruhrgebiet-West»

«Siegerland-Südsauerland»

suchen zum nächstmöglichen Termin je einen Mitarbeiter als

Bezirksreferenten

Voraussetzungen:

Theologe, Sozialwissenschaftler oder Sozialpädagoge mit abgeschlossenem Studium, andere Studiengebiete nicht ausgeschlossen; 25–35 Jahre; Bereitschaft zur Teamarbeit und selbständiger Durchführung von Aufgaben.

Einsatzgebiete:

1. Raum Dortmund, Castrop-Rauxel, Herne, Wanne-Eickel
2. Die Kreise Olpe, Siegen, Wittgenstein

Aufgabengebiet:

Mitarbeit in der Pastoralplanung, Erwachsenenbildung, Beratung der kirchlichen Gremien (Pfarrgemeinde- und Dekanatsräte), Geschäftsführung des Bezirksrates.

Vergütung erfolgt nach BAT (VdK) II.

Bewerbungen bis zum 15. Oktober 1973 unter Chiffre 2030 «Orientierung», Scheideggstraße 45, 8002 Zürich.

die Risiken wegen künftiger politischer Veränderungen werden bei Investitionen durch solche Garantieverträge abgesichert, die das Land, falls dagegen verstoßen wird, vor die Schranken ausländischer Gerichte bringen werden.

Die Energie, mit der die neue Wirtschaftspolitik von der Planung in die Praxis weitergeführt worden ist, hatte zur Folge, daß innerhalb weniger Jahre demonstrative Resultate von ihrem scheinbaren inneren Wert erreicht wurden. Brasilien kennt seit 1968 eine Wachstumsrate beim Bruttoinlandprodukt von ungefähr 10%. Die angewandte Politik soll unter wirtschaftlicher Hinsicht sogar eine Situation geschaffen haben, die gemäß der offiziellen Beschreibung an Wunderkräfte bei den dafür Verantwortlichen glauben läßt.

Das «brasilianische Wunder» sieht aber für das Volk, das in dieses keine Hoffnung setzt, anders aus. Es begünstigt jene, die nicht zu den Darbenden zählen, und es erscheint als Fluch für jene, die – ohne daß man sie gefragt hat – dafür geopfert werden.

Im Umkreis des «Wunders» hat die relative und absolute Verarmung des Volkes zugenommen. Die Konzentration der Einkommen hat ein Niveau erreicht, das besser als alles andere den wahren Sinn der Wirtschaftspolitik der Regierung offenbart. Zwischen 1960 und 1970 erhöhten jene 20% der brasilianischen Bevölkerung, die zur höchsten Einkommensklasse gehören, ihren Anteil am Nationaleinkommen von 54,4% auf 64,1%, während der Anteil der restlichen 80% von 45,5% auf 36,8% sank. Die Konzentration zeigt sich in noch schärferer Weise, wenn man beachtet, daß in der gleichen Zeitspanne 1% der Bevölkerung (die Reichsten) ihren Anteil am Nationaleinkommen von 11,7% auf 17,7% erhöhen konnten, während der Anteil der ärmeren 50% von 17,6% auf 13,7% sank. Diese Verschiebung hatte zur Folge, daß 1970 1% der Brasilianer mehr eingenommen haben als die ganze ärmere Hälfte der Bevölkerung (Aspectos da Distribuição de Renda no Brasil em 1970, Duarte, João Carlos).

Das Schwerwiegendste bei dieser Einkommenskonzentration war, daß die Erwerbskraft der lohnabhängigen Masse brutal gesenkt wurde. Zwischen 1961 und 1970 betrug – gemäß einer Berechnung auf der Basis des Mindestlohnes in Guanabara (der der höchste in der Union ist) – die Senkung des Real-

lohnes 38,3% (Conjuntura Econômica, Fundação Getúlio Vargas, Sept. 1971, und Anuario Estadístico do Brasil IBGE). Um das sogenannte «brasilianische Wunder» zu erreichen, transferiert die Regierung einen Teil des Einkommens der lohnabhängigen Klassen durch die Regulierung des Mindestlohnes auf die Klassen, die sich an den Früchten des Wirtschaftswachstums bereichern.

Wenn das Wirtschaftswachstum die Personen, die ein Einkommen gemäß dem legalen Mindestlohn haben, derart betrifft, dann ist es sicher nicht leichtfertig, anzunehmen, daß jene vielen Brasilianer, die ohne ein festes Einkommen oder mit weniger als dem Mindestlohn leben müssen, noch viel grausamer getroffen werden.

Die Verteidiger des Systems verschließen sich den Forderungen nach einer besseren Verteilung des Einkommens, indem sie argumentieren, daß der Kuchen zuerst wachsen müsse, um nachher verteilt zu werden. Ein Grund für die Konzentration des Einkommens war tatsächlich die Notwendigkeit eines Marktes, auf dem jene Güter verkauft werden können, die von den ausländischen Firmen mit einer an brasilianische Verhältnisse unangepassten Technologie produziert werden. Diese Technologie verlangt ja ein Konsumverhalten, das nur Reichen möglich ist. So ergibt sich eine Produktionsstruktur, die ihrerseits die Struktur des Einkommens und des Konsums unweigerlich bestimmt. Die Industrialisierung wird zu einem Instrument, das immer mehr auf die Produktion von Gütern ausgerichtet ist, die dazu dienen, immer ausgefalleneren Konsumwünsche zu befriedigen, während man gleichzeitig der Not des Volkes den Rücken kehrt. Zwei Folgerungen müssen in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden. Um den Import der industriellen Einrichtungen zu garantieren, die für die Produktion der erwähnten Güter nötig sind, nimmt das Land es in Kauf, daß die Auslandschulden in erschreckender Weise steigen. Sie betragen heute mehr als zehn Milliarden Dollar. Andererseits verschleudert die brasilianische Wirtschaft Mittel, die für die Gesamtentwicklung von großem Nutzen sein könnten.

Die Konzentration des Einkommens hat also die Tendenz, immer mehr zu steigen, und sie stärkt dadurch jene Klassen- und Machtstruktur, die sie erst möglich gemacht hat. In dem Prozeß der Verarmung der Armen zur Bereicherung der Reichen ist die Konzentration der Einkommen der klarste Beweis, zu welcher Ungerechtigkeit und Unterdrückung das System des Privateigentums der Produktionsmittel führen

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Ladislaus Boros, Jakob David, Albert Ebnetter, Mario von Galli, Robert Hotz, Josef Renggli

Anschriften von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 36 07 60

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: Schweiz: Postcheck 80-27842 - Deutschland: Postscheck Stuttgart 62 90-700 «Orientierung», Zürich - Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Scheckkonto Nr. 133.629 (Vermerk 0001/268499 «Orientierung») - Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065, «Orientierung» C.E. Suisse No 020/081.7360 - Italien: Postscheckkonto: Roma 1/28545 «Orientierung» Zürich

Abonnementspreise: Ganzes Jahr: Fr. 22.— / Ausland: sFr. 25.— / DM 22.— / öS 160.— / FF 38.— / Lit. 5300.— / US \$ 9.—

Halbjahresabonnement: Fr. 12.50 / Ausland: sFr. 14.— / DM 12.50 / öS 85.—

Studenten-Abonnement: Schweiz Fr. 13.50 / Ausland: sFr. 15.— / DM 13.50 / öS 95.— / Lit. 3300.—

Gönnerabonnement: sFr./DM 30.— (Der Mehrbetrag von sFr./DM 8.— wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelexemplar: sFr./DM 1.50 / öS 9.—



Wir, die Redaktion und das Institut für weltanschauliche Fragen in Zürich (Rieterpark), sind möglicherweise ab 15. Oktober

OHNE SEKRETÄRIN

Obwohl Administration und Versand weiterhin in bewährten Händen liegen, wäre die Arbeit der Redaktoren ohne die Wahrnehmung der Aufgaben am Telephon und in der Korrespondenz empfindlich gestört. Baldige Abhilfe liegt somit auch im Interesse unserer Leser. Bitte machen Sie in Ihrem Bekanntenkreis auf unser Stellenangebot aufmerksam:

Wir suchen für unser Team sowohl eine

Vollamtliche Sekretärin

wie zusätzlich eine

Teilzeit-Bürohilfe

halbtags- oder stundenweise.

Für beide Stellen sind Maschinenschreiben und die Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten erforderlich.

Offerten sind erbeten an

Redaktion «Orientierung»
Scheideggstraße 45, 8002 Zürich
Telephon (01) 36 07 60

kann. Das brasilianische System gründet heute ganz darauf. Die Regierung toleriert es ja nicht nur, sondern fördert es auf vielfältige Weise. Die große Disproportion im brasilianischen Steuersystem ist diesbezüglich ein unwiderlegbares Beispiel, denn die drei wichtigsten Steuern fördern ja auf gleiche Weise die Konzentrationsspirale. Die Steuer auf Gemeindeebene wurde in einer Höhe festgelegt (6-10%), die bewirkt, daß eine Mahlzeit in einem Luxusrestaurant weniger besteuert wird als der Kauf von 1 kg Bohnen oder Mehl, auf dem die staatliche Warenhandelssteuer (ICM) von 17% liegt. Diese Steuer zeigt nicht nur die soziale Konzentration, sondern hat auch eine große Bedeutung für die regionale Konzentration. Da sie die erste Transaktion innerhalb des Handels trifft, begünstigt sie die Produktionsstaaten wie etwa São Paulo zum Schaden der ärmeren Staaten wie etwa die des Nordostens. Gegen allen äußeren Anschein liegt schließlich die Einkommenssteuer stärker auf jenen, die ein geringeres Einkommen haben, nämlich vor allem auf den Lohnempfängern. Die Eigentümer finden eben immer Lücken in den Gesetzestexten und Anreize zu Neuinvestitionen und Kapitalsteigerungen, um weniger Steuern zahlen zu müssen.

Was in bezug auf die Steuern geschieht, trifft sich auch mit anderen Aspekten der Regierungstätigkeit im Bereich der Wirtschaft, so zum Beispiel mit der Ausgabenstruktur. Was für einen Sinn können in diesem Zusammenhang Programme wie PIS, PASEP und PRORURAL (Programme der Altersversorgung für Landarbeiter) haben? Trotz der Hilfen, die sie leisten können, muß vor allem beachtet werden, daß nur ein kleiner Teil, und nicht einmal die Bedürftigsten, eine Erleichterung erhält. Andererseits funktionieren einige dieser Programme wie obligatorische Sparkassen, von denen wiederum das System profitiert. Schließlich sind die ausbezahlten Beträge nur Brosamen im Vergleich zu den Mitteln, die das gleiche System über andere Wege, zum Beispiel durch das Einfrieren der Löhne, den Arbeitern entzieht.

Der gewaltigen Propaganda, der Benutzung des Fußballs als Mittel patriotischer Bestätigung, dem Einsatz illusorischer Mittel für wirtschaftlichen Aufstieg, wie etwa die Sportlotterie, gelingt es allerdings nicht, das Gewissen des Volkes zu vergiften, das fähig geworden ist, die wahren Ergebnisse des «Wunders» zu erkennen.